

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Stefan Keuter, Joachim Wundrak, Petr Bystron, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/564 –**

Äußerungen des ukrainischen Botschafters in Deutschland zum sogenannten Schönbach-Eklat

Vorbemerkung der Fragesteller

Vizeadmiral Kay-Achim Schönbach hatte bei einem Auftritt in Indien geäußert, dass der russische Präsident Wladimir Putin Respekt auf Augenhöhe fordere. Ihm diesen zu geben koste fast nichts und er habe diesen vermutlich auch verdient. Des Weiteren äußerte er, die Krim sei „für die Ukraine verloren.“ (vgl. <https://www.welt.de/politik/ausland/article236411599/Deutsche-Arroganz-und-Groessenwahn-Ukrainischer-Botschafter-zu-Schoenbach-Eklat.html>, aufgerufen am 23. Januar 2022). Aufgrund der massiven Kritik ist Kay-Achim Schönbach von seinem Posten als Inspekteur der Marine zurückgetreten (ebd.).

Die ukrainische Regierung in Kiew hat die deutsche Botschafterin Anka Feldhusen aufgrund der Äußerungen einbestellt (vgl. <https://www.deutschlandfunk.de/kiew-bestellt-deutsche-botschafterin-ein-102.html>). „Man habe deutlich gemacht, dass die Einlassungen des Marine-Kommandanten inakzeptabel seien, teilte das ukrainische Außenministerium mit“ (ebd.).

„Zudem kritisierte die Ukraine bei dem Gespräch mit der deutschen Botschafterin Anka Feldhusen erneut, dass Deutschland keine Waffen an das Land liefern will. Kiew hatte die Bundesregierung angesichts der Bedrohung durch Russland wiederholt um Waffenlieferungen gebeten“ (ebd.).

Der ukrainische Botschafter in Deutschland, Andrij Melnyk, fordert nunmehr die Bundesregierung zu einer grundlegenden Änderung ihrer Position im russisch-ukrainischen Konflikt auf. Der Eklat stelle die „internationale Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit Deutschlands massiv in Frage“ (<https://www.welt.de/politik/ausland/article236411599/Deutsche-Arroganz-und-Groessenwahn-Ukrainischer-Botschafter-zu-Schoenbach-Eklat.html>). Hierbei zog er auch einen Vergleich zum Nationalsozialismus. Er unterstellt Deutschland, die „ukrainische Bevölkerung als Untermenschen“ (ebd.) zu betrachten. Er sieht deutsche Arroganz und Größenwahn, spricht von einer „heiligen Allianz mit Kriegsverbrecher Putin“, einer zynischen Verharmlosung der „völkerrechtswidrigen“ Krim-Besetzung und einem Bezweifeln der Souveränität der Ukraine (ebd.).

Aus Sicht der Fragesteller sind die Äußerungen des Botschafters, Andrij Melnyk, mehr als unangemessen. Üblich sind nach Ansicht der Fragesteller bei solch gravierenden Verfehlungen eines Botschafters die Einbestellung – auch am Wochenende – in das Auswärtige Amt und ein ernstes Gespräch mit einem Staatssekretär.

1. Hat sich die Bundesregierung zu den Äußerungen des ukrainischen Botschafters in Deutschland, Andrij Melnyk, eine Positionierung gebildet?

Wenn ja, wie lautet diese?

Die in Rede stehenden Äußerungen des ukrainischen Botschafters in Deutschland sind der Bundesregierung bekannt und werden von ihr entschieden zurückgewiesen. Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und das Erinnern an die Opfer der nationalsozialistischen Verbrechen sind ein Kernanliegen der Bundesregierung und werden in Gesprächen mit einer Vielzahl internationaler Partner thematisiert.

2. Welche Konsequenzen für ihr eigenes Handeln zieht die Bundesregierung aus diesen Äußerungen?

Wurde oder wird Botschafter Andrij Melnyk in das Auswärtige Amt einbestellt?

Die Bundesregierung steht fortlaufend in engem Kontakt mit der ukrainischen Seite. Das umfasst auch den regelmäßigen Austausch mit der deutschen Botschaft in Kiew wie auch mit der ukrainischen Botschaft in Berlin, einschließlich Botschafter Andrij Melnyk.

3. Welche Fragen bzw. Konsequenzen ergeben sich ggf. für die Bundesregierung aus dem Gespräch von ukrainischen Regierungsvertretern mit der deutschen Botschafterin in Kiew Anka Feldhusen (vgl. Vorbemerkung der Fragesteller)?

Die ukrainische Seite hat im Gespräch mit der deutschen Botschafterin in Kiew die Sicht der ukrainischen Regierung auf die Äußerungen des ehemaligen Inspektors der Marine zum Ausdruck gebracht.

Die Bundesregierung hat sich ausdrücklich von den Aussagen des ehemaligen Inspektors der Marine im Rahmen seines Vortrages vom 21. Januar 2022 bei dem indischen Think Tank Manohar Parrikar Institute for Defence Studies distanziert. Auf die Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage 60 des Abgeordneten Norbert Kleinwächter auf Bundestagsdrucksache 20/602 wird verwiesen.